

Nr. 6 • 12. Juni 2008

Arbeitsmarkt im Mai

Beschäftigungsboom mit weiteren Reformen sichern

Gesellschaft

Braun: „Arbeit ist der Schlüssel gegen Armut“

CSR GermanyUnternehmen tragen
gesellschaftliche Verantwortung**Impressum**

Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Verantwortlich: Dr. Uwe Mazura
Redaktion: Andreas Groß
Gestaltung: Claudia Jungkowski
Telefon: 030 / 20 33-1800
Fax: 030 / 20 33-1805
E-Mail: info@bda-online.de

Mitglied von BusinessEurope

Offizielle Stellungnahmen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sind als solche gekennzeichnet.

Soziale Sicherung**Hundt: Krankenversicherung besser auf die Zukunft vorbereiten**

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat eine grundlegende Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung angemahnt. Notwendig sei sowohl eine Neuordnung der Finanzierung als auch eine Stärkung des Wettbewerbs. Gleichzeitig hob Hundt die große Bedeutung der gesetzlichen Krankenversicherung für die Gesellschaft hervor.

Die gesetzliche Krankenversicherung sei ein Stabilitätsfaktor, dessen Bedeutung für Deutschland nicht zu unterschätzen sein, sagte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt anlässlich eines Festakts zum 125-jährigen Bestehen der Krankenversicherung in Berlin. Sie habe den Versicherten über Generationen hinweg das Gefühl vermittelt, im Falle einer Krankheit nicht allein gelassen zu werden, sondern in einer starken Gemeinschaft Sicherheit zu finden.

In einer zunehmend dynamischen und flexiblen Gesellschaft müsse sich die gesetzliche Krankenversicherung jedoch wandeln, um ihre Funktion auch in Zukunft erfüllen zu können. Die Krankenversicherung sei nach wie vor nicht auf die Herausforderung des demografischen Wandels vorbereitet, kritisierte Hundt. Mit den bisherigen Gesundheitsreformen sei es nur selten gelungen, zukunftsfeste Lösungen zu finden.

Reformbedarf sieht Hundt in erster Linie bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Wenn die Krankenkassen auch in Zukunft vorrangig über Löhne und Gehälter finanziert würden, müssten die Beitragssätze allein aufgrund des wachsenden Anteils der Rentner weiter steigen. Die Folgen wären fatal: „Höhere Sozialbeiträge und damit höhere Lohnzusatzkosten hätten im Ergebnis weniger Beschäftigung zur Folge.“

In den letzten 125 Jahren habe sich die Beitragsbelastung der Arbeitgeber mehr als verzehnfacht. Die viel zu hohen Lohnzusatzkosten seien zu einem maßgeblichen Nachteil im internationalen Standortwettbewerb geworden. Dennoch sei bei der Finanzierung im Kern alles beim Alten geblieben, kritisierte Hundt. Die Politik müsse endlich die einseitige Finanzierung der Krankenversicherung zu Lasten der Löhne und Gehälter beenden. „Wir brauchen eine klare Abkopplung der Finanzierung vom Arbeitsverhältnis. Ich halte es nach wie vor für den besten Weg, die Finanzierung auf einkommensunabhängige Beiträge in Verbindung mit einem zielgenauen steuerfinanzierten Ausgleich für Einkommensschwache umzustellen“, so Hundt.

Darüber hinaus benötige die gesetzliche Krankenversicherung künftig mehr Wettbewerb. Der Einstieg sei zwar gelungen, mehr aber auch nicht. Nach Schätzungen der Krankenkassen würden weiterhin rund zwei Drittel der Leistungen nach kollektiven, einheitlichen Bedingungen erbracht. Es sei beispielsweise nicht nachvollziehbar, wieso die Krankenkassen nicht selbst darüber entscheiden könnten, mit welchem Krankenhaus sie einen Versorgungsvertrag abschließen. Hundt ermutigte alle Beteiligten, dem Wettbewerb im Gesundheitswesen größeren Raum zu geben und damit auch den Nutzen der Krankenversicherung weiter zu erhöhen. *Red*

Arbeitsmarkt im Mai 2008

Beschäftigungsboom mit weiteren Reformen sichern

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt setzt sich fort – allerdings fiel der Rückgang der Arbeitslosigkeit zuletzt etwas schwächer aus als erwartet. Gegenüber dem Vormonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 131.000. Damit waren im Mai zwar erneut deutlich weniger Menschen ohne Job als 2007, allerdings ist der Abstand gegenüber dem Vorjahr seit Jahresbeginn deutlich kleiner geworden und ist von rund 625.000 im Januar auf jetzt gut eine halbe Millionen geschrumpft.

Auffällig sind insbesondere zwei Entwicklungen: Im Bereich des Arbeitslosengeldes II kommt der Abbau der Arbeitslosigkeit nach wie vor nur schleppend voran. Während die Zahl der arbeitslosen Arbeitslosengeldempfänger unter die Millionengrenze sank, bezogen im Mai weiterhin gut 2,3 Mio. Arbeitslose Hartz IV. Darüber hinaus hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern verlangsamt. Hier dürften sich erste negative Auswirkungen der Anfang 2008 in Kraft getretenen Verlängerung des Arbeitslosengeldes für Ältere widerspiegeln. Diese macht es für viele Ältere wieder attraktiv, länger im Arbeitslosengeldbezug zu verharren.

Die Politik muss den Warnsignalen vom Arbeitsmarkt Rechnung tragen und ihre Prioritäten ändern: Nicht die weitere Ausweitung von Sozialleistungen, sondern der Einstieg in Arbeit sind der richtige Ansatz für eine nachhaltige Erholung am Arbeitsmarkt. Vor allem muss endlich die Aktivierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten verbessert werden. Dazu

Arbeitsmarkt im Mai 2008

Aktuelle Zahlen / Veränderung zum Vorjahr

Arbeitslose	3.283.000	- 529.000
Arbeitslosenquote	7,8 %	
- West	6,4 %	
- Ost	13,4 %	
Erwerbstätige¹	40.112.000	+ 649.000
Sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte²	27.235.000	+ 631.000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 05/2008

¹ Aktuelle Zahl bezieht sich auf den April 2008.² Aktuelle Zahl bezieht sich auf den März 2008.

muss die Zuständigkeit für die Fürsorgeleistung neu geregelt werden. Ein zentral aus Berlin gesteuertes "Bundessozialamt", wie es das Bundesarbeitsministerium mit dem sog. Kooperativem Jobcenter plant, ist der falsche Weg. Die Zuständigkeit für das Arbeitslosengeld II sollte vielmehr den Kommunen übertragen werden, die auch die notwendigen Zusatzangebote wie Sucht- oder Schuldnerberatung unterbreiten können. Dabei ist eine enge Kooperation mit den Agenturen für Arbeit, aber auch mit privaten Anbietern im Vermittlungsgeschäft durchaus sinnvoll. *Mathias Schumann*

Gesellschaft

Braun: „Arbeit ist der Schlüssel gegen Armut“

Beschäftigung ist der beste Schutz vor Armut – diese zentrale Position vertrat BDA-Vizepräsident Dr. Gerhard F. Braun beim Evangelischen Dialog anlässlich des 200. Geburtstages von Johann Hinrich Wichern.

Braun hob die Rolle von Bildung für die Armutsbekämpfung und die Befähigung zur Teilhabe hervor. Er forderte mehr Investitionen in Bildung und Qualifizierung. „Arbeit ist der Schlüssel gegen Armut. Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel, um in Beschäftigung zu kommen.“ Viele Langzeitarbeitslose mit geringer Qualifizierung erhielten im Niedriglohnssektor die Chance auf einen Einstieg in Arbeit. Dies dürfe nicht länger abgewertet, sondern müsse als „Brücke in den Arbeitsmarkt“ gewürdigt werden. Im Jahr 2007 haben rund 700.000 Arbeitslosengeld II-Bezieher den (Wieder-)Einstieg in eine ungeforderte Erwerbstätigkeit geschafft.

Der Ratsvorsitzende der EKD Bischof Wolfgang Huber warb für neue Bündnisse der sozialen Verantwortung,

die er als „Dienst an der Freiheit“ definierte. Was unter dem Signum „Fordern und Fördern“ in Gang gekommen sei, müsse noch stärker darauf ausgerichtet werden, dass die Kräfte, die Menschen anvertraut seien, geweckt und in Anspruch genommen würden. „Sie brauchen neben aller staatlichen Förderung Netzwerke der rettenden Liebe.“ In der Bildungsfrage sieht Huber große Gestaltungsmöglichkeiten für Kirche und Diakonie. Immerhin stünden 50 Prozent der Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz sprach sich für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen aus und nutzte ein weiteres Mal die Diskussion zum Thema Armut als Plattform für seine Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen. Er bekräftigte, dass es Aufgabe des Sozialstaates sei, die großen Lebensrisiken abzusichern und Chancen für alle zu eröffnen. Wichtigstes Ziel bleibe die Vermittlung in Arbeit. *Tabea Kölbel*